

Wissen, um rechtzeitig angemessen zu handeln: Betrachtungen zu COVID-19

Wagner, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wagner, P. (2020). Wissen, um rechtzeitig angemessen zu handeln: Betrachtungen zu COVID-19. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81262-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Peter Wagner | Essay | 05.05.2020

Wissen, um rechtzeitig angemessen zu handeln

Betrachtungen zu COVID-19

Es gibt keinen Mangel an schnellen Analysen und Interpretationen der Krise, in die COVID-19 die Menschheit gestürzt hat. Viele der Kollegen in den Geistes- und Sozialwissenschaften, so scheint es, mussten ihren Werkzeugkasten nur öffnen und die bereit liegenden Instrumente an dieses neue Phänomen anlegen. Manchmal konnte man gar den Eindruck gewinnen, sie hätten auf ein Ereignis wie diese Pandemie die ganze Zeit gewartet, nur um endlich mit ihren Diagnosen und Vorschlägen in die Öffentlichkeit eilen zu können.

Die entsprechenden Diagnosen erscheinen typischerweise in einer von zwei Versionen. Die Optimisten nehmen an, die Menschheit werde durch diese Erfahrung an Reife gewinnen. Sie glauben, die Welt wird sich nach COVID-19 als solidarischer erweisen, mehr um das Gemeinwohl kümmern, ihre moralischen Verpflichtungen ernster nehmen. Die Ära der unbeschränkten Profitsuche, der grenzenlosen Genussucht und des eigennütigen Verfolgens partikularer Interessen ohne Blick auf die anderen gehe ihrem Ende entgegen. Solche Interpreten rufen zum Handeln auf, da jetzt die selten günstige Gelegenheit zur Schaffung einer besseren Welt zu ergreifen sei – selten, weil sich die Welt ausnahmsweise von sich aus in die richtige Richtung bewege. Umgekehrt beobachten die Kritiker eine krisengetriebene Tendenz zum Autoritarismus, zu neuem Nationalismus und drastischen Einschränkungen von Freiheiten, zu einer Technokratie, in der politische Entscheidungen aufgrund von Expertise und nicht von Deliberation getroffen werden, kurz: die Wiederkehr einer Disziplinargesellschaft, verbunden mit der durchgreifenden Isolierung der einzelnen Menschen und einem eklatanten Verlust an Sozialität. Nach dieser pessimistischen Lesart klingt die kurze Ära von liberaler Demokratie und konvivialer Zivilgesellschaft, während derer die Macht der herrschenden Gruppen wirksam beschränkt werden konnte, nun aus. Rufen pessimistische Stimmen zum Handeln auf, so wird Widerstand gefordert. Ihre Perspektive auf die Politiker und deren wissenschaftliche Berater, wie sie im Moment täglich auftreten, ist von Verdacht und Denunziation geprägt.

Einem solchen Schwall prägnanter Diagnosen ausgesetzt, stellt sich mir die Frage, warum ich zu den Kontroversen nichts beizutragen habe. Der Antrieb dazu fehlt mir keinesfalls. Wie viele von uns habe auch ich den Eindruck, ein soziopolitisches Ereignis zu erleben, das

möglicherweise von größerer Bedeutung ist als jedes andere, das in meiner Lebenszeit auftrat. Als jemand, der sich mit Gesellschaft, Geschichte und Politik befasst, müsste ich doch etwas zu diesem Ereignis mitzuteilen haben. Und sollte es auch laut und deutlich zum Ausdruck bringen, damit es nicht überhört wird. Warum also melde ich mich nicht zu Wort?

Die Ausgangssperre, die hier in Barcelona Ende April 2020 schon in die siebente Woche geht, hat zur Verschiebung oder Streichung vieler meiner Verpflichtungen geführt, was mir erlaubt, recht intensiv Informationen über die laufenden Ereignisse, ihren Hintergrund und ihre Bedingungen zu sammeln. Daher glaube ich trotz meiner mangelnden medizinischen Kenntnisse nicht, zu wenig zu wissen – jedenfalls scheint mir mein Mangel an Kenntnissen nicht so groß zu sein, dass ich besser schweigen sollte. Mein Eindruck ist eher, dass wir alle zu wenig wissen: die Politiker und ihre Experten zu wenig, um angemessen reagieren zu können, und was alle anderen angeht, das heißt die meisten von uns, zu wenig, um überhaupt erkennen zu können, was angemessenes Handeln in der gegenwärtigen Situation überhaupt wäre.

Dieser Mangel an Wissen ist vielleicht das, was die gegenwärtige Situation am besten kennzeichnet. COVID-19 trat in einem Moment auf, in dem trotz offenkundiger und sich täglich mehrender Anzeichen des Gegenteils die Auffassung weit verbreitet war, dass wir bereits über all die Kenntnisse und das Verständnis verfügen, das für ein situationsadäquates Handeln nötig sei; dass die Ereignisse eigentlich unter Kontrolle seien oder zumindest unter Kontrolle gebracht werden könnten; und schließlich, dass eine solche Kontrolle eher durch das summarische Resultat unkoordinierten Handelns zustande käme als dank einer Verständigung und Abstimmung unter all denjenigen, die in die Ereignisse einbezogen und von ihnen betroffen sind. Damit sind aber nun eben die Überzeugungen aufgelistet, auf die sich unsere gegenwärtige „Moderne“ weitgehend gründet. Insofern rüttelt COVID-19 faktisch an Grundfesten, weshalb unser Nachdenken darüber erforderlich ist, welche Annahmen über Wissen, Handeln und Zeit uns eigentlich leiten. Die nachfolgenden Überlegungen möchten als kleiner Schritt in diese Richtung verstanden werden.

Vielfältige Quellen des Wissens

Epidemiologie und Virologie, so lernte ich schnell, hatten ein Ereignis in etwa dieser Art erwartet. Beide Disziplinen verfügen über ein kumulatives Wissen von erheblicher Qualität und Kohärenz, dessen Ursprünge mindestens auf die Grippepandemie der Jahre 1918–1920

zurückgehen (die fälschlicherweise immer noch als „spanische Grippe“ bekannt ist; vor einem Jahrhundert war es offenbar noch leichter, Dingen diskriminierende Bezeichnungen anzuheften). Diese Wissensbestände ließen sich während der vergangenen Jahrzehnte im Umgang mit HIV, SARS, H1N1, MERS und Ebola ebenso weiterentwickeln wie präzisieren. Das Problem besteht jedoch darin, dass sich jedes Virus von anderen Viren unterscheidet und dass die Verhaltenseigenschaften von COVID-19 weitgehend unbekannt waren, was sie trotz des schnellen Erkenntnisfortschritts immer noch sind. Sie können nur durch zusätzliche Beobachtung besser verstanden werden, also erst nachdem sich das Virus weiter verbreitet hat. COVID-19 mit seinen Vorgängern zu vergleichen, ist zweifelsohne eine nützliche Forschungsstrategie. Doch ungedeckte Schlussfolgerungen aus schnellen und vorläufigen Vergleichen zu ziehen, kann wirksame Gegenmaßnahmen verzögern oder im schlimmsten Fall sogar in die Irre führen.

Hinzu kommt, dass sich das allmählich wachsende Wissen über das Virus im nächsten Handlungsschritt mit zwei anderen Wissensarten konfrontiert sieht. Zum einen haben sich die Techniken mathematischer Modellierung in jüngster Zeit erheblich entwickelt. Sie stehen, wie man heute mit militärischer Metapher sagt, an vorderster Front bei den Versuchen, eine ungewisse Zukunft zu verstehen. Aus gutem Grund informieren sie die Beratungen des International Panel on Climate Change (IPCC), denn ohne derartige Modellrechnungen würden wir nur äußerst wenig von diesem langfristigen planetarischen Wandel erfassen oder verstehen können. Dennoch neigt die öffentliche Diskussion – und zuvor auch schon die fachöffentliche Wissenschaftskommunikation – dazu, das Ausmaß der Ungewissheit derartiger Prognosen entweder zu vergessen oder zu unterschätzen. Angesichts dieser Ungewissheiten kann mit Blick auf den Klimawandel allerdings eine vernünftige Handlungsmaxime recht einfach formuliert werden: Es ist besser, sich zu irren, indem man übermäßig vorsichtig reagiert und operiert. Doch in Hinblick auf COVID-19 sind die möglichen Schlussfolgerungen weniger eindeutig. Neben anderen Institutionen ist das Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME) an der University of Washington durch seine Vorhersagen zu den Infektionszahlen und Todesfällen sowohl in den USA wie andernorts bekannt geworden. Selbstverständlich verbessern die Forscher ihre Modellierung und die entsprechenden Befunde beständig durch die Einarbeitung neuer Daten. Diese Präzisierungen haben allerdings zur Folge, dass ihre Vorhersagen täglich korrigiert werden müssen – nicht selten in beträchtlichem Ausmaß. Statt der Öffentlichkeit und damit auch der Politik verlässliche Handlungsorientierung zu verschaffen, ist Desorientierung oft das paradoxe Resultat dieser Modellierung. Womöglich wäre es deshalb besser, auf die tägliche Veröffentlichung der Zahlen zu verzichten – was weniger die Forscher beträfe, die an zeitnahe wissenschaftlichem Austausch interessiert sein

müssen, als vielmehr die Medien, die zumindest den hochgradig fragilen Charakter des Wissens, das auf solcher Mathematik beruht, unterstreichen sollten.

Zum anderen verstehen weder das Virus noch die Mathematik etwas von Institutionen. Dabei ist die Anzahl von Doktoren, Pflegern, Intensivstationen, persönlichen Schutzausrüstungen und deren Verteilung wie Verfügbarkeit im Raum und in der Zeit ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der Pandemie und die Aussicht, deren Ausbreitung zu verzögern. Das entsprechende institutionelle Wissen kann die Gesundheitsforschung bereitstellen, allerdings unterscheiden sich deren Empfehlungen deutlich von jenen, zu denen man gelangt, wenn ausschließlich die Epidemiologie, die Virologie oder die mathematische Modellierung zum Zuge käme. Vor allem in den ersten Wochen der Pandemie sind solche Wissenskonflikte über COVID-19 aufgetreten, in einigen Gesellschaften, zumal in Großbritannien und Schweden, mit ausgeprägteren Folgen als in anderen.

Überall behaupten Regierungen, ihre Maßnahmen seien „wissenschaftsbegründet“. Regierungschefs und Gesundheitsminister lassen sich in ihren Pressekonferenzen stets von führenden Fachwissenschaftlern begleiten und einrahmen. Einige Beobachter sehen deshalb eine neue Technokratie entstehen, in der Expertenwissen die Oberhand über demokratische Willensbildung gewinnt. In Anbetracht der vielfältigen Formen einschlägigen Wissens ist diese Prognose freilich wenig wahrscheinlich. Um die gegenwärtige Lage also besser einschätzen und verstehen zu können, ist es nützlich, sich die politische Verwendung von Expertenwissen in zwei vorhergehenden Situationen im Vergleich anzusehen.

Vorangegangene Fälle von Wissenshegemonie

Nach dem Zweiten Weltkrieg versprach der Slogan von der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ eine strahlende Zukunft, die sich auf die endlose Verfügbarkeit von billiger Energie stützte und damit auch ein unbegrenztes Wachstum des Reichtums aller Nationen und die Befriedigung jeglicher materieller Bedürfnisse garantierte. Wissenschaft schien in der Tat die *endless frontier* geworden zu sein, die unablässig weitere Tore des Fortschritts aufstieß. Erhebliche Zeit und Mühe war aufzubringen, um in der öffentlichen Diskussion nicht nur die mit dem Betrieb von Atomkraftwerken verbundenen Gefahren, sondern auch die Hybris zu verdeutlichen, die in der Annahme lag, Atomanlagen und -müll seien über Jahrtausende verlässlich kontrollierbar. Dass sich in den späten 1970er-Jahren solche Einsichten schließlich durchzusetzen vermochten, war nicht zuletzt der Erarbeitung einer

Gegenexpertise geschuldet, die ihrerseits mit einer solchen Qualität aufwartete, dass sie nicht länger abgewiesen oder ignoriert werden konnte.

Ungefähr zur gleichen Zeit vollzog sich auch ein Hegemoniewechsel in den Wirtschaftswissenschaften: Die keynesianische Nachfragesteuerung schien für die wirtschaftlichen Probleme der 1970er-Jahre keine wirksame Antwort mehr zu liefern. Damit kehrte die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion zu konventionelleren Versionen der neoklassischen Ökonomie zurück, die in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Verringerung der Staatsverschuldung, der Arbeitskosten und der Gewinnbesteuerung verlangte, angeblich um die wohltuenden Kräfte des Marktes wieder zu befreien. Die neuen Maßnahmen nützten ohne Zweifel einigen Unternehmerinteressen und benachteiligten die weniger wohlhabenden Gruppen in der Gesellschaft. In diesem Lichte betrachtet bleibt es ein Rätsel, warum sich auch Politiker der linken Mitte (der Sozialdemokratie im weiten Sinne) dieser neuen Doktrin verschrieben. Zu vermuten ist, dass etwas, was epistemische Vorherrschaft zu nennen wäre, eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Die Wirtschaftswissenschaften traten mit dem Anspruch auf, eingesehen zu haben, warum vorhergehende Politiken fehlgeschlagen waren, und gelangten auf diesem Wege zu einem vermeintlich besseren Verständnis der unabänderlichen Gesetze allen marktlichen Wirtschaftens. Auch hierzu lag eine Gegenexpertise vor, doch ging sie der nunmehr herrschenden Expertise zeitlich voraus und war zudem dadurch diskreditiert, dass sie daran gescheitert war, Krisen rechtzeitig auszumachen und erfolgreich abzuwenden.

In beiden Fällen gab es also ein Monopol oder eine Hegemonie des Wissens. Und die von derartigem Wissen abgeleiteten Empfehlungen korrespondierten mit machtvollen Interessen in der Gesellschaft, sie dienten (Teilen der) herrschenden Gruppen, wie man seinerzeit zu sagen pflegte. Die kritischen Technokratietheorien, wie sie dann während der 1960er- und 1970er-Jahre entwickelt wurden, stützten sich auf die Beobachtung einer derartigen Situation. Doch kennzeichnet nichts davon unsere gegenwärtige Lage – und dies aus zwei Gründen.

Die langsam entstehende und instabile Konvergenz des COVID-19-Wissens

Zum einen ist das hegemoniale Expertenwissen, soweit es denn eines gibt, von anderer Art. Zwar folgen die meisten Regierungen im Umgang mit der Pandemie den Vorgaben, wie sie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die jeweiligen nationalen Gesundheitsinstitute erarbeitet haben. Aber im Unterschied zur Physik der Atomenergie und den Behauptungen der neoklassischen Ökonomie erfordert das Wissen über eine Pandemie die detaillierte und

nuancierte empirische Erfassung der Besonderheiten einer Situation. Und dieses Wissen wurde – und wird – erst nach und nach verfügbar. Zudem sind die gewonnenen Erkenntnisse den unterschiedlichen Interpretationen der Epidemiologie, der Virologie, dem Modelling und der Gesundheitsforschung ausgesetzt. So lässt sich augenblicklich konstatieren, dass die wissensbasierten Politikempfehlungen während der ersten Monate der Pandemie beträchtliche, wenn auch an einigen Orten langsame Konvergenzen aufwiesen. Und diese Konvergenz kann man optimistisch als Indikator für grenzüberschreitende Solidarität oder zumindest verständigungsorientierte Kommunikation oder skeptischer als schlicht mimetisches Verhalten in einer Situation großer Unsicherheit einschätzen. Allerdings ist Einhelligkeit für den weiteren Verlauf der Pandemie und die Maßnahmen zur Lockerung offenkundig weniger erwartbar und keineswegs sichergestellt.

Zum anderen trifft die bereits vielfältige, im weiten Sinne biomedizinische Expertise, sobald politische Entscheidungen anstehen, auf häufig anderslautende Empfehlungen aus den Sozialwissenschaften – den Wirtschafts- und Politikwissenschaften, der Soziologie, der Psychologie. Damit soll nicht gesagt werden, dass wissenschaftliche Expertise aus diesen Disziplinen von Beginn an vorhanden gewesen wäre. Freilich verfügen Politiker über eine ganz eigene Art „praktischer Expertise“ in diesen Fragen. Sie besitzen einen ausgeprägten Sinn für ihre Abhängigkeit von den Stimmungen innerhalb einer Gesellschaft, das heißt etwa, je nach Parteizugehörigkeit, in Unternehmenskreisen, in den Medien, in sozialen Bewegungen. Dieses „Wissen“ sagt ihnen, was sie zu tun und zu lassen haben. Und wenn diese Beobachtung zutrifft, stellen sich sofort zwei weitere Fragen: eine hinsichtlich der Entscheidungen während der letzten zwei oder drei Monate, und eine hinsichtlich der Entscheidungen, die im – sagen wir – nächsten halben Jahr zu treffen sind.

Eine kurze kontrafaktische Spekulation

Die überraschende Antwort auf die erste Frage lautet, dass Politiker genau das getan haben, wovon sie wussten, dass es eigentlich nicht getan werden dürfte. Sie haben sowohl eine Ausgangssperre für die meisten Menschen verhängt als auch eine umfassende Schließung von Wirtschaft und Gesellschaft im Allgemeinen durchgesetzt. Die beiden Gesellschaften, die über lange Zeit (wenngleich in den letzten Jahren weniger) als die liberalsten angesehen wurden, Großbritannien und die USA, spielten kurzzeitig mit der Möglichkeit, einen anderen Weg zu verfolgen – geführt von Regierungen, welche die Zweifel am allgemeinen Nutzen institutionalisierten kollektiven Handelns, die sich über die letzten drei Jahrzehnte weit verbreitet hatten, geradezu verkörpern (eher überraschenderweise, bei näherem

Hinsehen jedoch aus anderen Gründen, beschritt auch Schweden einen etwas anderen Weg). Diese anfängliche Divergenz gestattet uns, darüber zu spekulieren, was geschehen wäre, wenn das *Laissez-aller* zur vorherrschenden Haltung geworden wäre. Sehr viel mehr Menschen wären gestorben, möglicherweise wäre irgendwann auch die viel beschworene „Herdenimmunität“ erreicht worden – aber nach allem, was wir gegenwärtig wissen, spät, nach vielen Opfern und mit ungewisser Dauer. Die Pandemie wäre als eine Naturkatastrophe beschrieben worden, wie ein ungeheures Erdbeben oder ein Tsunami. Die Regierungen hätten die Verluste an Menschenleben bedauert, aber gleichzeitig behauptet, dass man nichts hätte tun können, um sie zu verhindern – oder zumindest, dass man *vernünftigerweise* nichts hätte tun können, weil Abwägungen zwischen verschiedenen Risiken getroffen werden mussten. Eine solche Haltung war weniger abwegig, als sie im Rückblick erscheinen mag, denn Proteste gegen die Beschränkungen von Freiheiten und Rechten waren bereits frühzeitig aufgekommen. Genau werden wir dies Szenario erst in der Zukunft einschätzen können, aber womöglich führte allein die schnell formulierte und konzise Position der WHO im Mittelpunkt einer global-vernetzten epistemischen Gemeinschaft innerhalb der Gesundheitswissenschaften dazu, dass die „liberale“ Option nicht verfolgt wurde, sondern die zunächst abweichenden Regierungen sich rasch dazu genötigt sahen, weitgehend – wenn auch nicht vollständig – auf die vorherrschende Linie einzuschwenken.

Treiben wir die Spekulation noch einen kleinen Schritt weiter! Wäre der skizzierte alternative Weg beschritten worden, so würden wir heute wahrscheinlich in ganz anderer Weise über COVID-19 sprechen. Die Pandemie wäre in die historische Linie eingetragen, die – wie oben kurz angesprochen – von der „spanischen Grippe“ zu den neueren Viren führt, und sie hätte sich allenfalls quantitativ von ihren Vorläufern unterschieden: Anzahl der Infektionen und Todesfälle, räumliche Verbreitung, Zeit bis zur Entwicklung eines Impfstoffs oder eines Medikaments. Es hätte Diskussionen über die sozialen Folgen gegeben, wie etwa über die zahlreichen Todesfälle [Wissen, um rechtzeitig angemessen zu handeln](#) in der älteren Generation, vergleichbar mit den Debatten über HIV/AIDS und den Wandel im Sexualverhalten. Es wäre natürlich eine Krise gewesen, aber eine, die kognitiv dadurch gezähmt wurde, dass man sie als ein Ereignis innerhalb einer Serie identifizierte, als etwas, das schon einmal geschehen war, jetzt mit einigen Eigenschaften versehen, die in ihrer Differenz zu den anderen Krisen fass- und beschreibbar waren.

Die beispiellose Ausgangssperre und die Schwierigkeit, sich Zukünfte vorzustellen

Wenn dieses Szenario soweit plausibel ist, dann markiert die ausgedehnte Ausgangssperre

den signifikanten Unterschied zwischen unserem spekulativen Gedankenexperiment und der Realität. Sie ist der Grund, warum wir COVID-19 das Potenzial zusprechen, einen grundlegenden sozialen Umbruch hervorzubringen, das wir anderen der oben angesprochenen Krankheiten – mit der partiellen Ausnahme von HIV/AIDS – nicht attestiert haben. Die plötzliche und radikale Suspension der meisten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aktivitäten ist etwas völlig anderes als ein Erdbeben oder ein Tsunami. Sie wurde von Regierungen beschlossen und von öffentlichen Verwaltungen umgesetzt – teilweise sogar gestützt durch Verweise auf das staatliche Monopol legitimer Gewalt. Oft genug wird die gegenwärtige Situation mit einem Krieg verglichen. Doch gehörte zu den jüngeren welthistorischen Erfahrungen mit ausgedehnter Kriegführung, insbesondere in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, die Erfahrung einer totalen Mobilmachung der Gesellschaft für die Kriegsziele. Gegenwärtig hingegen sind einige Segmente der Gesellschaft zwar hochgradig mobilisiert, vor allem im Gesundheitsbereich, doch findet sich der größte Teil der Gesellschaft zu einer Demobilisierung gezwungen. Diese Erfahrung ist für uns Lebende beispiellos und wirkt wie ein Vorbote radikalen Wandels.

Seit der Finanzkrise im Jahre 2008 hat die kritische politische Soziologie ihre Aufmerksamkeit auf das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie gelenkt. Eine einflussreiche Interpretation geht davon aus, Regierungen müssten heutzutage zwei unterschiedliche Referenzgruppen ansprechen, zum einen das „Staatsvolk“ im traditionellen Sinne der Wahlbürgerschaft, das seinen Willen durch Wahlen und in Meinungsumfragen ausdrückt; zum anderen die Akteure auf den globalen Märkten, das „Marktvolk“, das den verschuldeten Staaten Glaubwürdigkeit und, als unmittelbare Folge, Ressourcen zuweist oder nach Gutdünken verweigert.¹ Prallen die Interessen beider Gruppen aufeinander, so die Annahme, wird das Marktvolk obsiegen. Jetzt drängt sich jedoch der Eindruck auf, als agierten die Regierungen gegen die Interessen beider Gruppen: Sie haben die Profitmöglichkeiten der großen Konzerne ebenso beschnitten wie die Einkommen der kleinen Unternehmen und der Selbständigen; sie haben Arbeiter in die Arbeitslosigkeit getrieben, in besonders drastischer Weise im informellen Sektor; und sie haben die Konsum- und Freizeitaktivitäten unterbunden, die zuvor als sakrosankt galten, weil sie das Volk zahm und zufrieden halten.² Die präpandemische politische Soziologie vermag ein derartiges Regierungsverhalten offenbar nicht zu erklären.

Auf den ersten Blick scheint es naheliegend, die Erklärungslücke durch Verweis darauf zu schließen, dass die Maßnahmen zeitlich begrenzt sind, dass sie in einer Notlage getroffen wurden, und dass alles zur Normalität zurückkehren wird, sobald die schlimmsten Auswirkungen der Pandemie überwunden sind. Aber damit stehen wir sofort vor der

zweiten Frage, das heißt vor derjenigen nach den Entscheidungen, die von jetzt an und in der nahen Zukunft zu treffen sind. Parallel zu den mathematischen Modellen über den Verlauf der Pandemie haben Ökonomen mittlerweile ihre Modellrechnungen zum erwartbaren Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten und dessen mutmaßliche Dauer veröffentlicht. Mehr denn je gründen sich auch ihre Vorhersagen keineswegs auf solides Wissen und unbezweifelbare Methoden. Vielmehr muss man die Interventionen der Ökonomen als Versuche verstehen, Zukünfte in der Hoffnung zu imaginieren, dass die durchgespielten Imaginationen Handlungen hervorrufen, in deren Licht die Zukunft dann weniger unsicher erscheint als sie tatsächlich ist.³

Es ist nicht auszuschließen, dass es früher oder später so etwas wie eine „Rückkehr zur Normalität“ geben wird – in Spanien spricht die Regierung mit einer interessanten Begriffsschöpfung jetzt von der kommenden „neuen Normalität“. Wahrscheinlich werden die Anpassungen von Institutionen und Praktiken klein ausfallen im Vergleich zu den hoch fliegenden Erwartungen und Vorstellungen, wie sie die gegenwärtige Ausnahmesituation hervorgebracht hat. Im Augenblick jedoch herrscht Unsicherheit und der Mangel an verlässlichem Wissen wird schmerzhaft empfunden. Daher lässt sich die gesamte Krise am besten wohl unter dem Blickwinkel solcher Ungewissheiten betrachten.

Wann ist eine Handlung verspätet?

In vielen Ländern sind die Regierungen dafür kritisiert worden, zu spät und in unzureichender Weise auf das Aufkommen von COVID-19 reagiert zu haben. Während diese Kritik in einigen Fällen sehr viel berechtigter ist als in anderen (und was folgt sollte nicht dahingehend missverstanden werden, als sei jeder von Verantwortlichkeit zu entbinden), so gründet sie sich doch zumeist auf ein problematisches Verständnis von Zeitlichkeit. Angenommen wird, Informationen seien frühzeitig verfügbar gewesen, die erforderliche Reaktion leider aber erst mit beträchtlicher Verzögerung eingetreten. Dabei wird übersehen, dass die gegebene Information erst im Rückblick eine bestimmte Handlung erforderlich machte, während zu dem Zeitpunkt, als sie aufkam, durchaus nicht absehbar war, was für eine Reaktion fällig und womöglich unabdingbar sei. Die besagte Kritik postuliert also einerseits eine überzeitliche Gewissheit des Wissens. Damit postuliert sie aber auch eine grundlegende Stabilität der Welt. Unterstellt ist, dass ein Geschehen in der Gegenwart stets nur die Wiederholung – mit bestenfalls kleineren und bedeutungsarmen Abweichungen – eines Geschehens in der Vergangenheit sein kann. Andererseits geht diese Kritik fraglos von einer Hierarchie in der Verfügung über Wissen und in dessen Anwendung aus, an deren Spitze Vater Staat stünde. Anders gesagt arbeitet

sie mit einer Art vulgärem Platonismus, der die uralte Sehnsucht der Menschen bedient, alles zu wissen und unter Kontrolle zu haben.

Es wird unterstellt, dass das zum Handeln benötigte Wissen grundsätzlich vorhanden sei und dass die Akteure, die von diesem greifbaren Wissen keinen Gebrauch machen, dementsprechend schuldhaft handeln. Jedoch ignoriert diese Annahme exakt das, was viele von uns gerade wahrnehmen, nämlich ein völlig neuartiges Geschehen, für das eben kein handlungsangemessenes Wissen vorliegt. Angesichts einer solchen Situation, das heißt eines allenfalls ungewissen Wissens und einer begrenzten Wissensbasis, die sich nur allmählich vergrößerte, haben Politiker gezögert – in problematischer, jedoch verständlicher Weise.

Neuartigkeit muss nicht absolut sein, um das Handeln vor Probleme zu stellen. Virologen sehen keine fundamentalen Unterschiede zwischen COVID-19 und anderen Viren; und selbst die Soziologen müssen nicht all ihre elaborierten Kenntnisse in Sachen sozialer Wandel über Bord werfen. Wir müssen nur bereit sein, zu akzeptieren, dass die gegenwärtige Situation so neuartig ist, dass unser vorhandenes Wissen nicht ausreicht, um ihr gerecht zu werden. Wir haben einzuräumen, dass sie nicht ohne weiteres unter die Begriffe subsumiert werden kann, die wir üblicherweise verwenden. Daher ist es jetzt wichtig, sorgfältig zu beobachten, zu beschreiben und Möglichkeiten für Vergleiche zu erkunden. Dazu braucht man allerdings Zeit. Und wenn unser wissenschaftliches Wissen nicht ausreicht, um die durch COVID-19 heraufbeschworene Situation vollständig und unmittelbar zu erfassen, dann müssen wir auch anerkennen, dass die Lage derjenigen, die verantwortlich handeln sollen, eine ähnliche ist. Ihre Situation wird zusätzlich noch dadurch erschwert, dass die Angemessenheit einer Handlung nicht selten gerade davon abhängt, ob sie rechtzeitig getätigt wurde.

Die Fähigkeit, rechtzeitig angemessen zu handeln

Die Frage nach der Angemessenheit führt zur zweiten Annahme, derjenigen über die Kapazität und Handlungsfähigkeit des Staates. In dieser Hinsicht hat das Virus unsere Gesellschaften zweifelsohne auf dem falschen Fuß erwischt. Der Gedanke, dass eine Vielzahl unkoordinierter Handlungen in ihrer Summe von alleine zu einem sozial wünschenswerten Ergebnis führt, war in der jüngeren Vergangenheit auf immer breitere Akzeptanz gestoßen – in so unterschiedlichen Bereichen wie unreguliertem marktlichen Austausch, den *non-governmental* Aktivitäten der Zivilgesellschaft und der Clip-Form des kommunikativen Austauschs in globalen sozialen Netzwerken. In einigen Fällen wie

Börsenkursbewegungen, *crowd-funding*-Initiativen oder einem Clip, der in sozialen Netzwerken unversehens „viral“ geht, kann diese Art der kollektiven Handlung ungeahnte Geschwindigkeit gewinnen, mitunter sogar die Form einer „sozialen Lawine“ annehmen.⁴ Je häufiger derartige Phänomene auftauchen, desto größer werden freilich die Zweifel an der Wünschbarkeit ihrer jeweiligen Konsequenzen.

Im Gegensatz dazu ist koordiniertes kollektives Handeln, das auf problemorientierter Verständigung basiert und sich in zweckhaft eingerichteten Institutionen kristallisiert, während der letzten drei Jahrzehnte immer entschiedener diskreditiert worden. Viele der für ein solches Handeln zuständigen Orte sind geschwächt oder sogar gänzlich abgebaut worden. Gerade das Gesundheitswesen musste die Reduzierung eigener Kompetenzen und den Entzug von Ressourcen hinnehmen. Es wurde behauptet, Institutionen seien zu langsam in der Aufnahme und effizienten Umsetzung neuer Informationen und Wissensangebote. Diese Kritik bürokratischer Staatsapparate spiegelt sich ironischerweise in den uralten Einwänden gegenüber demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. Dass genuin demokratische Vorgehensweisen einfach ungeeignet seien, dringlichen Gefährdungen entgegenzutreten, lautet der gängige Vorwurf. Doch haben wir gar keinen Grund anzunehmen, Handlung, die sich auf vielfältigen Rat und plurale Verständigung stützt, sei notwendigerweise langsamer oder unangemessener als die Praktiken sogenannter Selbstregulierung oder hierarchisch-technokratische Verfahren.⁵

Sicherlich sollten die gegenwärtig regierenden Politiker nicht übermäßig gepriesen werden. Ihre Handlungsmotivationen sind in der Regel wenig ehrwürdig: Sie wollen wiedergewählt werden; wollen vermeiden, ihre Klientel zu verprellen; und im Übrigen zumindest auf kurze Sicht Plausibles anzupreisen haben. Sie sind keineswegs, wie es ihr „Beruf“ und ihre Berufung idealiter verlangt, am Gemeinwohl oder am Nutzen der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit orientiert.⁶ Beobachtet man sie in den vergangenen Wochen, so ist jedoch unübersehbar, dass sie nicht einmal wissen, wie sie ihre wenig ehrwürdigen Zwecke erfolgreich verfolgen können: Die Aussichten auf Wiederwahl sind ungewiss, haben sie mit den getroffenen Entscheidungen doch gegen die Interessen ihrer Klientel verstoßen und auch wenig Überzeugendes vorzubringen. Der eine wie die andere behauptet, sein Tun und Trachten stütze sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse, doch ist unüberhörbar, dass es sich eher um Schutzbehauptungen handelt, um Versuche, sich von außen eine Rechtfertigung zu verschaffen, die ohne den Verweis auf wissenschaftliche Expertise fehlen würde. In der Tat weist gerade wenig darauf hin, dass sich tatsächlich neue Formen autoritärer Kontrolle oder technokratischer Herrschaft ausbilden.

Von diesem ideologisch und materiell amputierten Staat erwarten seine aktuellen Kritiker dennoch, er solle alles richten – und zwar sofort. Dabei ist an dem, was wir sehen können, nicht nur ein Kontrollverlust abzulesen, sondern sogar der Verlust eben jener Kontrollillusion, die Politikerdiskurse gerne nähren, weil sie damit ihrer Rolle genügen. Faktisch sind Politiker im Augenblick schwach, sowohl angesichts der Pandemie als auch angesichts der Kritik an ihrem Umgang mit der Notlage. Ganz offenkundig haben sie nicht mehr die Instrumente in der Hand, über die sie noch in der Ära vor der Austeritätspolitik und der massiven Diskreditierung kollektiven institutionellen Handelns verfügten. Und nachdem sie ihre vormaligen Werkzeugkästen eingebüßt – oder besser wohl: weggeworfen – haben, finden sie sich jetzt mit einer Vielzahl von Kritiken konfrontiert: der Kritik an der Zunahme staatlichen Verhaltensmonitoring von Seiten der Menschen- und Bürgerrechtler; der Kritik an der Zerstörung einer angeblich funktionierenden Wirtschaft aus Unternehmerkreisen; der Kritik an der Vernachlässigung der ohnehin benachteiligten sozialen Gruppen von Sozialverbänden und dergleichen mehr.

Statt die sozialwissenschaftlichen Analysen lediglich daraufhin zu vergleichen und daran zu messen, welche Kritik nun am treffendsten ausfällt (und uns dann zu entscheiden, auf welche Seite wir uns schlagen wollen), scheint es mir angebrachter zu sein, denen, die für das Handeln und die Herbeiführung kollektiver verbindlicher Entscheidungen zuständig sind, zuzugestehen, dass sie derselben Ungewissheit ausgesetzt sind wie alle anderen angesichts einer Situation, die in vielerlei Hinsicht beispiellos ist. Der Unterschied zwischen „ihnen“, den Politikern, und „uns“, den Sozialwissenschaftlern, aber auch der zwischen Regierung und Opposition, besteht im Moment schlicht darin, dass die Regierungen rechtzeitig angemessen handeln müssen – was im Falle von COVID-19 bedeutet, unter erheblichem Zeitdruck, also mit höchster Dringlichkeit. Der Pflicht, handeln zu müssen, ohne über handlungsleitendes Wissen zu verfügen, sind die sozialwissenschaftlichen Professionen gewöhnlich enthoben. Ihre Verpflichtung besteht hingegen darin, ein Wissen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu entwickeln, das der Ungewissheit und Zeitlichkeit menschlichen Handelns gerecht wird. COVID-19 zeigt, dass gerade und nicht zuletzt auch diese Aufgabenstellung dringlich ist

Endnoten

1. Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.
2. Für einen frühen Versuch, die Dynamik des finanziellen Krisenmanagements zu analysieren vgl. Adam Tooze, [How Coronavirus almost Brought down the Global Financial System](#) [30.4.2020], in: *The Guardian*, 14.4.2020.
3. Jens Beckert, *Imaginierte Zukunft. Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus*, übers. von Stephan Gebauer, Berlin 2018.
4. Christian Borch, *Social Avalanche. Crowds, Cities, and Financial Markets*, Cambridge 2019.
5. Egon Flaig, *To Act with Good Advice: Greek Tragedy and the Democratic Public Sphere*, in: Johann P. Arnason / Kurt A. Raaflaub / Peter Wagner (Hg.), *The Greek Polis and the Invention of Democracy. A Politico-Cultural Transformation and its Interpretations*, Oxford 2013, S. 71–98.
6. Max Weber, „Politik als Beruf“¹⁹¹⁹, in: ders., *Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen / Wolfgang Schluchter, Bd. 17, Tübingen 1994.

Peter Wagner

Peter Wagner ist Forschungsprofessor für Sozialwissenschaften am Katalanischen Institut für Forschung und höhere Studien (ICREA) und an der Universität Barcelona sowie gegenwärtig ein Leiter des Research Clusters „Modernity in Central Asia: Identity, Society, Environment“ an der University of Central Asia. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Gesellschaftstheorie, der historisch-vergleichenden Soziologie, der politischen Soziologie und der politischen Philosophie.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Martin Bauer, Wibke Liebhart.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/wissen-um-rechtzeitig-angemessen-zu-handeln.html>